

# GÖTTINGER BLÄTTER

07/08.2020

Herausgeber: Die LINKE. ☆ Rotes Zentrum e.V. ☆ DKP ☆ FG BRD-Cuba ☆ VVN/BDA ☆ GROBIAN ☆ Göttinger Linke

## ► Atomlager Würgassen

1994 wurde das nur 40 km von Göttingen entfernte Atomkraftwerk Würgassen im Dreiländereck NRW/ Hessen und Niedersachsen still gelegt. Im März diesen Jahres verkündete die vom Bundesumweltministerium beauftragte Bundesgesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ) ein „Logistikzentrum für Endlager Konrad“ auf dem Gelände des ehemaligen Atomkraftwerkes errichten zu wollen. Diese Entscheidung kam für die dortige Bevölkerung und Kommunalpolitiker völlig überraschend und hatte Empörung ausgelöst. (GöBlä 6/2020, S. 8)

### Warum Endlager in Würgassen?

Ihre Entscheidung hatte die BGZ damit begründet, dass am ehemaligen Atomkraftwerksstandort bereits zwei Zwischenlager in Betrieb sind. Die für ein solches „Logistikzentrum“ nötige Infrastruktur daher vorhanden wäre und der Standort über die notwendigen freien Flächen und den notwendigen Anschluss an das Schienennetz verfügen würde. Mit Würgassen werde der Prozess der Entsorgung von schwach- und mittelradioaktivem Abfall im Endlager Konrad vereinfacht und beschleunigt.

Diese Abfälle aus Betrieb und Rückbau von Atomkraftwerken sowie aus Forschung, Industrie und Medizin sollen dann ab 2027 voraussichtlich 30 Jahre lang aus dem gesamten Bundesgebiet nach Würgassen transportiert werden, dort zwischen gelagert werden, dann für das geplante Endlager (Schacht) Konrad

in Salzgitter sortiert werden, um es dann „passgenau“ über die Schiene beliefern zu können. Gleichzeitig würde dann auch das Endlager Konrad in Salzgitter in Betrieb genommen.

### Politische Grundlage:

Die Errichtung eines Logistikzentrum für das Endlager Konrad ist im 2017 in Kraft getretenen „Entsorgungsübergangsgesetz“ vorgesehen und wurde im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD aus dem Jahr 2018 ausdrücklich bekräftigt.

### Kritik und Widerstand

Die Empörung im Dreiländereck ist groß. Politiker und Bürgermeister aller Parteien aus den angrenzenden Gemeinden Beverungen (NRW), Boffzen (Niedersachsen), Bad Karlshafen und Trendelburg (Hessen) fühlen sich komplett übergangen und hatten bereits kurz nach Bekanntgabe der BGZ in einer gemeinsamen Erklärung den Plänen eine Absage erteilt, dem sich mittlerweile auch Bodenfelde angeschlossen hat.

Teile des Widerstandes folgen hier allerdings dem Sankt-Florians-Prinzip: So wendet sich die SPD Kreistagsfraktion im Landkreis Kassel in einem Antrag zur Kreistagssitzung im Juli zwar gegen ein Atommülllager in Würgassen, spricht sich aber gleichzeitig dafür aus, das Zwischenlager für Schacht Konrad beim Atomkraftwerk Grohnde zu errichten, mit der Begründung, dass dieser Standort näher bei Konrad sei. Die SPD Braunschweig begrüßt wiederum den Standort

### im Internet

[https://www.goettinger-linke.de/goeblae\\_2019.php](https://www.goettinger-linke.de/goeblae_2019.php)

### Kontakt

POST: Göttinger Blätter  
Lange Geismarstraße 2  
37083 Göttingen

Druck: AktivDruck Göttingen  
Telefon: 0551/67065

### Inhalt

Atomlager Würgassen	1
VVN	2
FG Cuba	3
DKP	4
Grobian	5
DIE LINKE. Termine	6
DIE LINKE. Kreisverband	7
Die LINKE. im Kreistag	8
Corona: Groner Landstraße	9
Göttinger Linke	10
GöLinke Ratsinfo	11
Grüner Wasserstoff	12

### Redaktionsschluss

für die Ausgabe 09.2020  
ist der 17. August.  
Auslieferung am 23. August.

Würgassen, Sozialdemokratische Solidarität und Konsequenz eben.

Die BI Atomfreies Dreiländereck arbeitet allerdings eng mit der bundesweiten Initiative ausgestrahlt und der Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad zusammen und führt mit diesen beiden Initiativen gemeinsame Pressekonferenzen und Veranstaltungen durch. Deutlich betont wird hier der Zusammenhang zwischen den Planungen für Schacht Konrad und den Planungen in Würgassen. Die Genehmigung für Konrad wurde bereits 2002 erteilt, die Sicherheitsanalysen für das Endlager Schacht Konrad sind sogar nahezu dreißig Jahre alt. Wie hoffnungslos veraltet die zugrundeliegenden Modellrechnungen sind, wird allein dadurch deutlich, wenn man sich vor Augen hält, auf welchem Stand die Computertechnik Anfang der 90er Jahre war. Eine Genehmigung für Schacht Konrad ohne ein „Logistikzentrum“ würde, so schätzen es die die Kritiker ein, (...)

Das Betriebsgelände des Kernkraftwerks Würgassen 2009 – die Kühltürme sind bereits abgerissen



Von Heinz-Josef Lücking, CC BY-SA 3.0 de, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=33119848>

(...) Fortsetzung auf Seite 12



## Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Internet: [www.goettingen.vvn-bda.de](http://www.goettingen.vvn-bda.de) • Email: [vvn-goettingen@secarts.org](mailto:vvn-goettingen@secarts.org)

**Aufruf des Roma Center/ Roma Antidiscrimination Network:**

### ► „Unser Denkmal ist euer Mahnmal!“

Das Mahnmal für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma Europas ist in Gefahr. Die Deutsche Bahn will den Ort des Gedenkens durch den Bau einer S-Bahn zerstören. Das darf nicht sein. Das Denkmal ist unsere Erinnerung, es darf nicht beschädigt werden! Ebenso muss der Wald um das Mahnmal herum erhalten bleiben. Der Wald ist Teil des Mahnmals und symbolisiert einen Schutzort für die Menschen, die sich vor Verfolgung verstecken mussten. Wir leben in einer Zeit, in der der Rechtsruck sich durch Politik, Institutionen, Medien und durch die Köpfe vieler Menschen zieht. Es ist die Pflicht der kulturellen und politischen Einrichtungen, der Bewegungen und Initiativen und aller Menschen, das Mahnmal zu schützen.

Es wird viele Aktionen geben. Wir werden nicht schweigen. Wir rufen Alle auf, sich zu erheben. Schützt das Mahnmal! Das Mahnmal muss bleiben!

Zusammen mit weiteren Roma-Selbstorganisationen hatte das Roma Center/ Roma Antidiscrimination Network zur Demo am 13. Juni 2020 in Berlin aufgerufen, um gegen die Pläne der Deutschen Bahn, Nachfolgerin der Reichsbahn, zu protestieren.

Die Reichsbahn spielte im Zweiten Weltkrieg eine wichtige Rolle. Mit ihr wurden Truppen und Material verlegt. Aus den besetzten Gebieten wurden Zwangsarbeiter\_innen, ohne deren Arbeit hier

die Produktion, die Landwirtschaft und die Kriegsmaschinerie nicht hätten weiter existieren können, mit der Bahn nach Deutschland geschafft. Die Reichsbahn setzte selbst Zwangsarbeiter\_innen ein und übernahm die Bahnen in den besetzten Gebieten.



Die Bahn war aber vor allem notwendig für die Vernichtung der europäischen Roma, Sinti und Juden und die Bereicherung Deutschlands am Besitz der Verfolgten und Ermordeten. Konzentrationslager wurden entlang der Bahnstrecken gebaut. Die Bahn bereicherte sich selbst in erheblichem Maß an den Deportationen. Für jeden verschleppten Menschen erhob sie Transportkosten. Das Geld dafür holte sich die SS durch den Besitz der Deportierten zurück. Schließlich erhielt die SS Großkundenrabatt von 50% für komplette Züge mit mindestens 400 Personen. So viele Menschen wie möglich wurden daher in einen Zug gesteckt. Effizient wurden

auch die Rückfahrten der Bahn ins Reich genutzt: Die Züge transportierten den Besitz der Verschleppten nach Deutschland – selbst die geschorenen Haare der ermordeten Frauen.

Laut einem Gutachten des Vereins Zug der Erinnerung hat die Deutsche Reichsbahn durch die Deportationen etwa 445 Millionen Euro heutiger Währung verdient. Inklusive Zinsen betrüge das so entstandene Vermögen seit 1945 mehr als 2 Milliarden Euro.

Das Denkmal für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma Europas ist ein Ort der Erinnerung an die Verfolgten und Ermordeten, an die Toten ohne Gräber. Vor allem aber ist es ein Ort der Mahnung. Damit hat das Mahnmal seine bedeutendste Funktion für die Mehrheitsgesellschaft. Nämlich die des nie wieder. Es ist vor allem die Mehrheitsgesellschaft, die sich der Verfolgung und der Ermordung von 1,5 Millionen Roma und Sinti in Deutschland und allen besetzten Gebieten erinnern muss.

Bis heute sind Roma in all diesen Ländern nicht sicher. Sie werden bis heute, aktuelle Beispiele haben wir in unserem Redebeitrag bei der Demo aufgelistet, überall systematisch diskriminiert und rassistisch verfolgt.

**Vor kurzem wurde eine bundesweite Petition zum Erhalt des Mahnmals („Das Mahnmal der ermordeten Sinti & Roma bleibt!“) veröffentlicht, die hier gezeichnet werden kann:**

<https://www.change.org/p/deutsche-bahn-ag-das-mahnmal-der-ermordeten-sinti-roma-bleibt>

### ► Nicht wegschauen, sondern „Hingeschaut!“

Vor wenigen Tagen ist die erste Ausgabe der Zeitschrift „Hingeschaut!“ erschienen, herausgegeben vom Antifaschistischen Bildungszentrum und Archiv Göttingen e.V. (ABAG). In der aktuellen Ausgabe findet man unter anderem Beiträge zur Gedenk- und Erinnerungskultur, aber auch einen Rückblick auf eine ABAG-Veranstaltung zum Neonazi-Angriff auf Journalisten in Fretterode. Außerdem veröffentlicht die ABAG eine Chronik neonazistischer Umtriebe für das Jahr 2019. Insgesamt

hat das ABAG für das vergangene Jahr 404 extrem rechte Aktivitäten in Südniedersachsen und Nordthüringen erfasst. Das ABAG weist darauf hin, dass weiterhin mit einer erheblichen Dunkelziffer zu rechnen ist. Inhaltlich lassen sich die dem ABAG vorliegenden Vorfälle wie folgt klassifizieren (mit prozentualer Verteilung):

- Aktionen gegen politische Gegner (Anti-Antifa): 30,5 %
- Rassismus: 24,0 %
- Rechte Selbstdarstellung: 22,3%

► Verharmlosung/Verherrlichung des historischen Nationalsozialismus: 16,3%

**Die Ausgabe #1 der „Hingeschaut!“ kann direkt beim ABAG sowie im Buchladen Rote Straße erworben werden. Das ABAG freut sich jederzeit über Spenden und Fördermitgliedschaften:**

**Antifaschistisches Bildungszentrum und Archiv Göttingen e.V.**  
**GLS Gemeinschaftsbank eG**  
**IBAN: DE88 4306 0967 4133 9916 00**  
**BIC: GENODEM1GLS**

# Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen  
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de / www.fgbrdkuba.de

## Mitgliederversammlung

**bis auf Weiteres keine Mitgliederversammlungen**



unser Kooperations-  
u. Bildungspartner:

Verein Niedersächsischer  
**BILDUNGSINITIATIVEN** e.V.

## ▶ Italien verabschiedet kubanische Mediziner\*innen

**29.05.2020: Mit einer Zeremonie auf der zentral gelegenen Plaza del Duomo der Stadt Crema wurde den kubanischen Mediziner\*innen gedacht, die zusammen mit italienischen Kolleg\*innen die Corona-Pandemie bekämpften und die Opfer versorgten.** Aus: [www.kommunisten.de](http://www.kommunisten.de) (leicht gekürzt)

Als die kubanischen Mediziner\*innen vor zwei Monaten in der Lombardei eintrafen, richtete das Virus in der Lombardei geradezu ein Massaker an. Die norditalienische Region war zum Epizentrum der Pandemie in Italien geworden, das weitgehend privatisierte und auf Großkliniken ausgerichtete Gesundheitssystem der Region völlig überfordert. (...)

Während die Europäische Union wegschaute, Deutschland und Frankreich sogar die Ausfuhr medizinischer Hilfsmittel nach Italien blockierten, schickten China und Russland medizinische Hilfsgüter und Personal nach Italien.

Cuba entsandte die Sanitätsbrigade »Henry Reeve« mit 36 Ärzt\*innen, 15 Krankenpfleger\*innen und einen Logistiker zur Unterstützung der italienischen Ärzt\*innen. Sie kamen im Hauptkrankenhaus der Stadt Crema, in einem Feldkrankenhaus und in einem Pflegeheim für ältere Menschen, in dem Bewohner\*innen infiziert waren, zum Einsatz.

Das Brigademitglied Eduardo Brito Pérez sagte gegenüber »Cubadebate«, dass es nicht die Kälte in den letzten Märztagen oder die fremde Sprache war, die ihn am meisten bedrückte, sondern die ständigen Sirenen der Krankenwagen, die große Zahl der an COVID-19 erkrankten Patient\*innen, die vollen Stationen, die Korridore mit Betten. „Überall in der Gesundheitseinrichtung gab es Menschen mit Atembeschwerden, Fieber oder anderen Symptomen, die durch SARS-CoV-2 verursacht wurden.“

Die Brigade kam sofort in der „roten Zone“ der Corona-Pandemie zum Einsatz. Viele der Brigademitglieder waren bereits 2014 in Westafrika im Kampf gegen die

Ebola-Virusepidemie im Einsatz. (...) Da die Epidemie nun auch in Italien ausklingt, können die kubanischen Mediziner\*innen jetzt in ihre Heimat zurückkehren.



Auf dem Platz die kubanischen Mediziner\*innen mit Gesichtsmasken und dem obligatorischen Hygieneabstand sowie die Vertreter\*innen der regionalen und lokalen Behörden - etwa vierzig Bürgermeister\*innen waren aus den Gemeinden eingetroffen, denen das Krankenhaus in Crema dient -, der Gesundheitsminister der Lombardei, der Botschafter der Republik Cuba in Italien und die Präsidentin der Nationalen Vereinigung der Freundschaft Italien-Kuba. (...)

Zum Abschied hing auf einem kleinen Balkon des Rathauses eine kubanische Flagge, neben den Flaggen der Europäischen Union, Italiens und der Stadt Crema.

Die Bürgermeisterin von Crema würdigt die Arbeit der kubanischen Ärzt\*innen und Krankenpfleger\*innen, die gemeinsam mit ihren italienischen Kolleg\*innen die Qualen und das Bemühen, Leben zu retten, geteilt haben. „Was die Cubaner, die aus dem Ausland kommen, als ‚Ausländer‘ getan haben (...) zeigt, dass die einzige Möglichkeit, sich gegenüber jedem Ausländer zu verhalten, darin besteht, ihn willkommen zu heißen, sich wie Brüder zu verhalten (...) Niemand sollte in Crema ein Ausländer sein, von nun an werden wir ein entscheidendes Argument haben“, so Stefania Bonaldi.

Luis Angel Sanchez Rodriguez, einer der Ärzte der kubanischen Brigade, sagte, dass ihn die offizielle Abschiedszeremonie sehr bewegt habe. „Da wir alle einen

roten Pullover mit der Aufschrift ‚Man nennt mich Cuba‘ trugen, war es sehr leicht, erkannt zu werden, und auf dem Weg zum Ort der Zeremonie, als wir eine zentrale Straße in der Stadt überquerten, begannen alle Leute von beiden Seiten der Straße zu applaudieren. (...)

Die Mission in Crema, in der Region Lombardei, die erste in Italien und in Europa, ist offiziell beendet.

In wie weit sich die italienische Politik gegenüber Cuba für die erwiesene Solidarität erkenntlich zeigen wird, wird sich in den nächsten Tagen herausstellen.

„Im Senat wurde ein Antrag eingebracht, der die Regierung verpflichtet, in allen Foren für die

Aufhebung der Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade einzutreten, unter der Cuba seit Jahrzehnten leidet und die die Trump-Administration in den letzten Monaten trotz der aktuellen Pandemie zu verschärfen beschlossen hat“, gab Maurizio Acerbo, nationaler Sekretär von Rifondazione Comunista – Sinistra Europea, bekannt.

„Das italienische Parlament hat die Gelegenheit, mit einem politischen Akt auf die Großzügigkeit zu reagieren, die das kubanische Volk und die Medizinische Brigade Henry Reeve gegenüber unserem und vielen anderen Ländern gezeigt haben. Wir haben Senatorin Paola Nugnes, die uns in der gemischten Gruppe des Senats vertritt, gebeten, den Antrag einzubringen, und wir danken allen Senatorinnen und Senatoren, die ihn unterstützt und unterschrieben haben, so dass er vorgelegt werden konnte. Wir hoffen, dass der Antrag mit dem Votum aller Parlamentsfraktionen angenommen wird.“



# Deutsche Kommunistische Partei

## Kreisverband Göttingen



Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen, dkpgoettingende.wordpress.com , goettingen@dkp-niedersachsen.de

## ► „Wumms“ oder „Puff“?

**Bundesregierung stemmt sich mit weiteren 130 Milliarden gegen die Krise**

Die Furcht nicht nur der Beherrschten, sondern auch der Herrschenden vor dem Herbst und dem Winter ist berechtigt: Ein Viertel aller Beschäftigten der Bundesrepublik Deutschland befinden sich derzeit in Kurzarbeit, fast 3 Millionen in Arbeitslosigkeit. Zur „Reservearmee“, wie Karl Marx einst die Arbeitslosen bezeichnet hatte, sind in den Monaten April und Mai völlig gegen den „normalen“ Trend des Rückgangs in diesen Monaten nicht nur 55.000 Menschen aus dem Gastgewerbe hinzugestoßen, sondern auch über 69.000 aus dem Bereich der Reparatur von oder des Handels mit Kraftfahrzeugen, fast 60.000 aus dem verarbeitenden Gewerbe – und so weiter und so fort.

Zusätzlich zu den bisherigen, auf eine Summe von über einer Billion Euro summierten Hilfspaketen der Bundesregierung sowie der Landesregierungen gegen den ökonomischen Absturz haben CDU und SPD eine Woche lang an einem neuen Katalog von Maßnahmen gearbeitet. War zunächst von 80 bis 100 Milliarden Euro die Rede, wurden es am Ende nach Angaben der Bundesregierung 130 Milliarden – davon allerdings rund 60 Milliarden aus nicht abgeflossenen Mitteln des ersten, 156 Milliarden schweren Nachtragshaushaltes vom Beginn des Krisenschubs. Ein Programm „mit Wumms“ sei das, erklärte stolz Finanzminister Olaf Scholz. Der größte Brocken sind weitere 25 Milliarden für kleine und mittelständische Unternehmen, der am meisten diskutierte ist der zweitgrößte: 20 Milliarden Steuerausfall durch die bis zum 31. Dezember befristete Reduzierung der Mehrwertsteuersätze auf 16 bzw. 5 Prozent. Nicht enthalten ist die lange diskutierte erneute Abwrackprämie, um den Absatz der darniederliegenden Autokonzerne anzukurbeln. Geblieben ist davon ein Paket von knapp fünf Milliarden Euro für die Förderung des elektrischen Individualverkehrs – und damit doppelt so viel wie für den Ausgleich wenigstens eines Teils der Einnahmeausfälle des öffentlichen Personennahverkehrs. Eltern können sich über eine einmalige Aufstockung des Kindergeldes um 300 Euro pro

Kind freuen und diejenigen, die in Hartz IV gefangen sind, bekommen das Geld wenigstens nicht gleich wieder weggenommen – das ist allerdings die einzige Hilfe, die für diese Bevölkerungskreise als Brosamen vom 130-Milliarden-Tisch abfällt.

Die Resonanz aus den die CDU/SPD-Koalition stützenden Kreisen war unter dem Strich positiv. „Wir begrüßen den in der Breite wirkenden Konjunkturimpuls von mehr als 40 Mrd. Euro, darunter insbesondere den Kinderbonus. Allerdings ist die Absenkung der Mehrwertsteuer aus unserer Sicht nur die zweitbeste Lösung. Es wäre besser gewesen, das Geld den Menschen direkt zur Verfügung zu stellen. Jetzt sind die Unternehmen in der Pflicht, die Mehrwertsteuersenkung auch an die Bürger weiterzugeben“, erklärte Frank Werneke, Vorsitzender der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di).

Von der Partei „Die Linke“ kam mehr Kritik: „Es gibt durchaus gute Ansätze in diesem Programm, natürlich werden sich viele Familien über ein wenig zusätzliches Geld auf dem Konto freuen. Aber bei einem Programm in diesem Umfang ist es unverständlich, warum die Chance für grundlegende und nachhaltige Verbesserungen vertan wurde“, erklärte ihr Vorsitzender Bernd Riexinger und fügte hinzu: „Dieses Paket versucht mit der Gießkanne möglichst viele Lobbygruppen zu bedienen. Das wird kurzfristig etwas mehr Geld für viele Menschen bringen. Es wird allerdings ebenso schnell verpuffen.“

Das allerdings führt schon eher zur Hauptfrage, die im Verlaufe des Winters beantwortet werden wird: Ist das ein Wumms, der den Sturz abwendet oder der Puff, der vergessen ist, wenn der kapitalistische Krisenschub Dimensionen annimmt, gegen die kein Staat mehr ankommt? Die in Geld ausgedrückte Wirtschaftsleistung der Bundesrepublik Deutschland betrug in den letzten Jahren rund 3500 Milliarden Euro. Ein Impuls von 130 Milliarden entspricht also knapp 4 Prozent des jährlichen Bruttoinlandpro-

## Mitgliederversammlungen im Juli/August

**7. Juli:**

### Die ökonomischen Auswirkungen der Corona-Krise?

Wir werden mit Lucas Zeise, Wirtschaftsjournalist und ehem. Chefredakteur der UZ, per video über all das, was uns in den nächsten Monaten / Jahren ökonomisch „um die Ohren fliegen wird“, diskutieren. Dabei sitzen „wir“ zusammen und Lucas wird per video dazugeschaltet sein. Interessierte müssen sich schon zur MV bewegen; ein zuschalten per video-Konferenz wird es nicht geben

**21. Juli:**

Wegen etlicher Urlaubstermine fällt die MV aus.

**4. und 18. August:**

Themen standen bei Redaktionsschluss noch nicht fest. Es wird per mail informiert.

*Der Sprecherkreis*

dukts. Ob das wirklich reicht, den vermutlich zweistelligen Absturz zu verhindern?

Diese und andere Fragen wollen wir diskutieren mit einem, der sich auf diesem Terrain auskennt wie kaum ein anderer: Lucas Zeise, ehemaliger Chefredakteur der kommunistischen Wochenzeitung „unsere zeit“ und viel gelesener Buchautor.

.....

**DKP-PETITION:  
ALLE SANKTIONEN  
AUFHEBEN,  
DIE DEN KAMPF  
GEGEN DIE  
PANDEMIE  
BEHINDERN!**



**JETZT UNTERZEICHNEN**

# GROBIAN GRONER BÜRGERINITIATIVE ANTIFASCHISMUS

- ☛ Kontakt unter 0551-93435 (Gunnar)
- ☛ Mail: grobian-grone.web.de
- ☛ Treffen: Telefonkonferenz donnerstags, 20.00 Uhr



unser Kooperations- u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer  
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

## ▶ MieterInnentreff in Corona-Zeiten

**Bis zum 29.6. haben die MieterInnen der Häuser Deisterstr. 23 und 25 sowie Elmweg 11 und 13 noch Zeit, der ADLER AG ein wenig Sand ins Getriebe zu streuen und dabei evtl. auch noch zu „sparen“. Wie das möglicherweise gehen kann, wollte der Verein IN Grone und die Mieterinitiative vermitteln. Doch was tun, wenn kein Raum zur Verfügung steht?**

Es wurde eine Kundgebung vor dem Nachbarschaftszentrum angemeldet, und Stühle wurden aufgestellt: Gut bewacht von der Polizei kamen knapp 20 MieterInnen und ließen sich von Thomas Oesterreich, stellvert. Vorsitzender des Mieterbundes in Göttingen,

die tatsächlich komplizierten Fragen erläutern (s. Bild).

Es wurde ein informativer Nachmittag, an dem viele Fragen gestellt und beantwortet worden – auch mit russischer Übersetzung:

+ Muss ich die Modernisierung dulden? + Nützt es, wenn ich die pauschale Mietminderung für sechs Monate annehme? + Wie sieht die „soziale Härte“ lt. Baugesetzgebung aus? U.v.m.

Leider müssen sich die MieterInnen jetzt mit diesen individuellen Fragen auseinandersetzen, da die RatspolitikerInnen von SPD, CDU FDP und auch der Grünen



in ihrer unendlichen Hörigkeit gegenüber den sog. „Investoren“ die Möglichkeit des kollektiven Sich-Wehrens mit der Annahme des Bebauungsplanes genommen haben.

Die Grobiane stehen als Einzige konsequent an der Seite der MieterInnen und wöchentlich klingelt mehrfach das Mietertelefon, welches auf den Flugblättern und Info-Schreiben veröffentlicht ist.

Richtungsweisendes Interview von Hendrik Falkenberg im Stadtradio

## ▶ Mieterhöhungen in Grone: Rauswurf von Adler Real Estate AG aus dem „Bündnis für bezahlbaren Wohnraum“ gefordert

**So betitelte das Stadtradio Göttingen das Interview, das es am 15. Juni mit Hendrik Falkenberg geführt hatte.**

Und weiter das Stadtradio auf seiner Internetseite:

„Der Wohnungsmarkt in Göttingen ist seit Jahren angespannt, die Mieten steigen immer weiter. In Grone stehen jetzt besonders starke Erhöhungen an: Für Wohnungen der Adler Real Estate AG ist eine Steigerung um etwa zwei Euro pro Quadratmeter veranschlagt. Grund sind Sanierungen in rund 1.100 Wohnungen. Zunächst hatte die Adler-Pressestelle dem StadtRadio Göttingen ein Interview zur Thematik zugesagt, stand dann aber doch nicht dafür zur Verfügung. Schriftlich erklärte die AG, in diesem Jahr seien zunächst 120 Mieter von den Modernisierungen betroffen. (...) Insgesamt will die Adler Real Estate AG einen dreistelligen Millionenbetrag in Grone investieren. Davon sollen unter anderem 200 neue Wohnungen gebaut werden. Die Kosten für die anstehenden Sanierungen im Bestand fallen jetzt allerdings etwa doppelt so hoch an wie vor zwei Jahren geplant war. Darüber hat Ben Mendelson mit Hendrik Falkenberg von der Wählergemeinschaft

Göttinger Linke gesprochen. Falkenberg macht seit 30 Jahren Stadtteilarbeit in Grone und begleitet seit 2016 die Mieterinitiativen vor Ort.“

Auf die Frage, warum derartige hohe Mieterhöhungen angekündigt sind, antwortete Falkenberg, dass thermische Sanierungen wg. der CO2-Ausstöße politisch gewollt sind und die wesentlich höheren Kosten mit Kostensteigerungen begründet werden.

Er machte aber auch deutlich, dass Kapitalgesellschaften Profite für die Aktionäre erwirtschaften müssen, während kommunale Unternehmen wie die städt. Wohnungsbau sich eher nach den Möglichkeiten der Mieter richten können. So habe diese bei ihrer Sanierung auf dem Leineberg nur etwa einen Euro an die MieterInnen weitergegeben.

Gefragt, wie er generell die ADLER AG als Vermieter erlebt, führte Falkenberg aus, (...)

**(...) weiter auf Seite 10**

### Vorher: Nachher:



Ein offensichtlich Hirnloser geht seit einigen Monaten in Grone um und beschmiert – mit sehr ordentlicher Schrift und sehr fleißig – Laternenpfähle mit „richtungsweisenden“ Parolen. Wer gläubig ist, könnte jetzt beten: Herr, lass Hirn vom Himmel regnen!

**+ letzte Meldung + + + + letzte Meldung**

**+ + + + letzte Meldung +**

Am Tag des Redaktionsschlusses haben die Grobiane erfahren, dass – entgegen den wohlmundigen Zusagen des ehemaligen Leiters des Sozialamtes, Herr Gruss, sowie der Dezernentin, Frau Broistedt, es nun doch sog. Kostensenkungsverfahren gibt. Sprich: Wenn die höheren Mieten der ADLER AG nicht mehr in die KdU-Tabelle passen, werden die MieterInnen aufgefordert, sich innerhalb von sechs Monaten um eine andere Wohnung zu kümmern! Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern.

Die Grobiane werden weiter darüber informieren.

**+ letzte Meldung + + + + letzte Meldung**

**+ + + + letzte Meldung +**



DIE LINKE LV Niedersachsen am 4.6.2020

## ► Wir lassen uns nicht einschüchtern! Solidarität mit den Opfern rechter Drohbriefe!

Mehrere Parteibüros in Niedersachsen haben heute am Donnerstagmorgen Drohbriefe mit einer unbekannt Substanz, rassistischen und antisemitischen Beleidigungen sowie Hakenkreuzen erhalten. Betroffen sind Büros von LINKE, SPD und Grünen, darunter auch das Abgeordnetenbüro der Linken Bundestagsabgeordneten Jutta Krellmann.

„Als LINKE Niedersachsen stehen wir solidarisch an der Seite der Betroffenen. Es ist nicht das erste Mal, dass Rechte durch die Androhung von Gewalt versuchen, linke Aktivistinnen und Aktivisten einzuschüchtern. Bisher wurde niemand verletzt, die Substanzen an den Briefen haben sich als ungefährlich erwiesen, doch wir dürfen das

nicht auf die leichte Schulter nehmen. Rassistische und antisemitische Hetze bilden den Nährboden für diese Angriffe auf die Demokratie“, erklärt Heidi Reichinnek, Landesvorsitzende der niedersächsischen Linken.

Co-Vorsitzender Lars Leopold ergänzt: „Besonders perfide ist, dass diese Drohbriefe fast pünktlich zum Jahrestag der Ermordung von Walter Lübcke verschickt wurden. Der CDU Politiker wurde vor einem Jahr von einem Rechtsextremisten hingerichtet, weil er sich für Menschenrechte und eine offene Gesellschaft eingesetzt hat. Rechte Gewalt und rechter Terror sind eine reale Gefahr und dürfen nicht weiter unterschätzt werden! Wir lassen uns nicht einschüchtern und weichen keinen Millimeter!“

## ► Drohbrief auch an Göttinger Kreisverband

Auch in Göttingen haben die Büros der LINKEN, der Grünen, der SPD, der FDP und der CDU am 4. Juni diese Drohbriefe mit einer unbekannt Substanz erhalten.

Nachdem die Polizei eine Genossin darüber informiert hatte, fand der Schatzmeister Dietmar Reitemeyer einen entsprechenden Brief und informierte die Polizei, die mit der Feuerwehr anrückte und den Brief entsprechend untersuchte. Die übrigen Organisationen im Roten Zentrum haben solche Briefe nicht erhalten. Von Seiten der Polizei wird ermittelt.

Auch in Göttingen hatte dieser Vorfall allgemeine Empörung ausgelöst. Von Seiten des DGB wurde auch an DIE LINKE eine entsprechende Solidaritätsnote gesendet. Hierin verurteilt der DGB diesen Vorfall und fordert dazu auf, „alle Bestrebungen gegen die Vielzahl vermeintlicher Einzeltäter, die rechten

Netzwerke und teils offen agierenden neonazistischen Gruppen zu intensivieren und noch entschlossener als bisher gemeinsam gegen diese vorzugehen.“

Knapp eine Woche später hatte es am 10.6. einen Sprengstoffanschlag in Einbeck gegen die Wohnung einer bekannten engagierten Antifaschistin gegeben, bei dem nur der mutmaßliche Täter an der Hand verletzt wurde. Der DGB spricht in seiner Solidaritätsnote davon, dass beide Ereignisse „einen weiteren Höhepunkt rechter Gewalt in Südniedersachsen“ markieren. Tatverdächtig ist ein bekannter Rechtsextremist, in dessen Wohnung auch Waffen gefunden wurden.

In der Vergangenheit hat es immer wieder Fälle rechter Gewalt gegeben, die sich auch gerade gegen linke Kommunalpolitiker in der Region gerichtet haben. Dagegen helfen breite antifaschistische Bündnisse und eine entschlossene Gegenwehr.

## Vorbereitung der Kommunalwahlen:

Informationen dazu findet Ihr auf S. 10 (Göttinger Linke)

## KV Göttingen/Osterode

Lange Geissmarstraße 2, 37073 Göttingen  
Tel.: 05 51 - 29 14 05 46  
[kreisverband@die-linke-goettingen.de](mailto:kreisverband@die-linke-goettingen.de)

### Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Anfragen an: [kreisverband@die-linke-goettingen.de](mailto:kreisverband@die-linke-goettingen.de)

### Jugendverband [;solid]:

Mail: [solid\(at\)solid-goettingen.de](mailto:solid(at)solid-goettingen.de) und bei facebook  
Homepage: <https://solid-goettingen.de/>

### Ortsverbände:

#### OV Göttingen

Adresse und Telefon wie KV, E-Mail: [ortsverband@dielinke-goettingen.de](mailto:ortsverband@dielinke-goettingen.de)

#### OV Rosdorf

Bettina Weigert, Tel. 0175-1948368  
[rosdorf@dielinke-goettingen.de](mailto:rosdorf@dielinke-goettingen.de)

#### OV Bovenden

Marius Fedry, Tel. 0159 01282354

#### OV Altkreis Osterode

Ilyas Cangöz  
[kreis.osterode@die-linke-goettingen.de](mailto:kreis.osterode@die-linke-goettingen.de)

#### OV Dransfeld

Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a,  
37127 Dransfeld, Tel. 05502-4798034,  
[dransfeld@dielinke-goettingen.de](mailto:dransfeld@dielinke-goettingen.de)

#### OV Hann. Münden

E-Mail: [Hann.Muenden@die-linke-goettingen.de](mailto:Hann.Muenden@die-linke-goettingen.de)

### Zusammenschlüsse:

#### Ökologische Plattform:

Eckhard Fascher, Tel. 01523 2077973  
Festnetz: 0551-40137061  
[eckhardfascher@web.de](mailto:eckhardfascher@web.de)

#### AG Antifa

[ag-antifa@die-linke-goettingen.de](mailto:ag-antifa@die-linke-goettingen.de)

#### AG Betrieb & Gewerkschaft

Andreas Gemmecke,  
Tel. 0551-61401/ 0151-14444619,  
E-Mail: [ag-gb@dielinke-goettingen.de](mailto:ag-gb@dielinke-goettingen.de)

#### AG Frauen

Britta Schmerling, Tel. 0551-486538

#### Sozialistische Linke

Dietmar Reitemeyer  
E-Mail: [SL-Goettingen@web.de](mailto:SL-Goettingen@web.de)

#### Kommunistische Plattform

Peter Strathmann,  
E-Mail: [walter.noobsch.kpf@gmx.de](mailto:walter.noobsch.kpf@gmx.de)

## Rosa-Luxemburg-Club Göttingen

Elvira Kalusa,  
E-Mail: [rlc-goettingen@rls-nds.de](mailto:rlc-goettingen@rls-nds.de)  
<http://nds.rosalux.de/> und bei facebook.

## Spendenkonto KV Göttingen

Volksbank Kassel Göttingen eG  
IBAN DE08 5209 0000 0047 3038 00

# DIE LINKE. Kreisverband Göttingen

## ▶ Pressemitteilung von Bernd Riexinger zu rassistischer Gewalt bei der Polizei und „Generalverdacht“

Zur Debatte über rassistische Gewalt bei der Polizei und dem „Generalverdachts“-Vorwurf sagt Bernd Riexinger, Vorsitzender der Partei DIE LINKE:

Die Linke unterstützt die Demonstrationen gegen die rassistische Polizeigewalt in den USA und hierzulande. Dass das Problem von Rassismus und Gewalt bei der Polizei auch hier in Deutschland Thema sein muss, das belegt eine so lange Liste von bekannt gewordenen Fällen, dass es absurd wäre, von Einzelfällen zu sprechen. Kriminologen gehen davon aus, dass es jährlich etwa 12.000 mutmaßlich rechtswidrige Übergriffe durch Polizeibeamtinnen und Beamte gibt. Von unabhängigen Recherchen wird allein die Zahl der Schwarzen und People of Colour, die seit 1990 in Deutschland in Polizeigewalt gestorben sind, mit mindestens 159 angegeben.

Dass es bei der Polizei, die sich aus der Breite der Gesellschaft rekrutiert,

Rassismus gibt, ist grundsätzlich nicht überraschend. Damit muss man rechnen und da muss man hinschauen.

Menschen, die als Beamtinnen oder Beamte einen Eid auf die Verfassung geschworen haben, und sich dann im Beruf rassistisch verhalten, verstoßen in meinen Augen gegen ihren Amtseid. Das muss Konsequenzen haben.

Ich verstehe da auch die Diskussion über „Generalverdacht“ nicht. Den hat doch niemand ausgesprochen. Wenn man sagt, dass sich die Polizei an Gesetze zu halten hat und es dafür eine taugliche Strafverfolgung geben muss, dann ist das kein Generalverdacht. Genauso wenig, wie wenn man sagt, dass Bürger sich an Gesetze halten müssen und wir dafür Polizei brauchen. Im Gegenteil: Dass sich Polizisten an Gesetze halten müssen und wir das nicht die Polizei rein intern regeln lassen können, das sollte selbstverständlich sein. Wenn Innenminister hier die Generalver-

dachtsdebatte aufmachen, kann ich darin deshalb nur einen Versuch sehen, von strukturellen Problemen abzulenken.

Tatsächlich denke ich, dass wir an die Gesetzeshüter in ihrer Gesetzestreue höhere Ansprüche haben müssen, weil wir ihnen ja auch größeres Vertrauen entgegenbringen müssen, wenn wir ihnen die Gewalt über die Durchsetzung unserer Gesetze übertragen. Dieses Vertrauen geht mit jedem ungeahndeten Vergehen von Polizistinnen und Polizisten ein Stück verloren. Wer das Vertrauen in die Polizei wiederherstellen möchte, muss die Schuldigen finden und zur Verantwortung ziehen.

Dafür brauchen wir unabhängige Beschwerdestellen, aber vor allem auch unabhängige Ermittlungseinrichtungen, so dass Ermittlungen gegen Polizistinnen und Polizisten nicht von den eigenen Kolleginnen und Kollegen durchgeführt werden müssen.

Die Unionspolitiker und die Splittergewerkschaft DPoIG erweisen dem Ansehen der Polizei einen Bärendienst, wenn sie sich gegen Beschwerdestellen und effektive Strafverfolgung bei der Polizei stellen.

DIE LINKE LV Niedersachsen und MdB Victor Perli am 12.6.2020

## ▶ „Landesregierung kümmert sich nicht um bezahlbares Wohnen“

Hannover/Berlin.

In Niedersachsen werden immer weniger Sozialwohnungen gebaut. Laut einem Bericht des Bundesinnenministeriums sank die Zahl der in 2019 neu gebauten Sozialwohnungen im Vergleich zum Vorjahr um 4% auf 1.283. „Der Bericht belegt, dass sich die SPD/CDU-Landesregierung nicht um den Bau günstiger Wohnungen kümmert. Obwohl die Mieten deutlich steigen und der Bundestag mehr Geld zur Verfügung gestellt hat, gibt es in Niedersachsen immer weniger Sozialwohnungen. Seit 2012 ist die Zahl der Sozialwohnungen in Niedersachsen um 25.000 auf unter 75.000 gesunken“, kritisiert der niedersächsische LINKEN-Bundestagsabgeordnete Victor Perli. Andere Bundesländer seien viel

ambitionierter, bundesweit werde nur jede 20. Sozialwohnung in Niedersachsen errichtet.

Die Landesarmutskonferenz hatte bereits im November gefordert, den Bestand der Sozialwohnungen in Niedersachsen auf mindestens 100.000 Wohnungen anzuheben. Die Partei DIE LINKE unterstützt diese Forderung. „Es muss zu einer der Hauptaufgaben der Landespolitik werden, deutlich mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Wenn weiter Sozialwohnungen wegfallen und die Mieten steigen, werden Menschen aus ihrem Wohnumfeld verdrängt, durch Armut und schlimmstenfalls Wohnungslosigkeit bedroht“, sagte die Landesvorsitzende Heidi Reichinnek.

**Einladung von Dieter Dehm an die Mitglieder des KV Göttingen/Osterode: Berlin Fahrt mit Diether Dehm, MdB**

Auf Initiative des Bundestagsabgeordneten Diether Dehm sind die Mitglieder des Kreisverbandes DIE LINKE. Göttingen/Osterode und weitere Interessierte zu einer Bundestagsfahrt von Göttingen aus nach Berlin eingeladen.

**Termin: 28.-30. September 2020**

Wer sich anmelden möchte, kann dies ab sofort unter:

**[anmelden@die-linke-goettingen.de](mailto:anmelden@die-linke-goettingen.de)** mit Angabe des Namens, Geburtsdatum und Geburtsort machen. Interesse an Programmpunkten kann bei der Anmeldung geäußert werden und wird nach Möglichkeit berücksichtigt.

Bereits in Planung sind ein Besuch des Bundestages zur Haushaltswoche, eine Veranstaltung zum Thema Wohnen und ein Besuch des Jüdischen Museums Berlin.



# DIE LINKE.

im Kreistag Göttingen

## Kein Mittagessen für bedürftige Schul- und Kitakinder

Corona trifft Familien mit geringen Einkommen mit besonderer Härte: Das Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung sieht vor, dass Kindern aus Familien, die von Transferleistungen (ALG II, GruSi, Wohngeld bzw. Kinderzuschlag) abhängen in Schulen und Kindertagesstätten das Mittagessen vom Staat finanziert wird. Seit Schulen und Kindertagesstätten wegen Corona ab dem 13.3.2020 geschlossen sind, erhalten diese Kinder jedoch keine kostenlose Mittagsverpflegung mehr. Auch die schrittweise Wiederaufnahme des Schulbetriebs erfolgt bisher ohne Mittagessen. Die damit verbundenen Mehrkosten sind für die betroffenen Familien bei den ohnehin unzureichenden Regelsätzen kaum zu schultern. Zugleich sind gute und frische Lebensmittel teurer geworden, preiswerte Grundnahrungsmittel nicht immer erhältlich. Eine ausreichende und ausgewogene Ernährung ist angesichts der knappen Regelleistung so kaum möglich, das Geld muss an anderer Stelle eingespart werden. Das gefährdet die Entwicklungs- und Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen in nicht hinzunehmender Weise.

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) hat in seinem Sozialschutzpaket II aber vollmundig erklärt: „Es wird sichergestellt, dass Schülerinnen und Schüler sowie Kinder, die eine Tageseinrichtung besuchen oder für die Kindertagespflege geleistet wird, auch bei pandemiebedingten Schließungen dieser Einrichtungen mit Mittagessen im Rahmen des Bildungspakets versorgt werden können. Dies gilt entsprechend auch für Leistungsberichtigte in Werkstätten für behinderte Menschen und bei vergleichbaren Angeboten.“

(Nicht nur) der Landkreis Göttingen hat jedoch bis heute nicht reagiert: Die betroffenen Familien sind seit Mitte März ohne das dringend zur Versorgung ihrer Kinder benötigte und ihnen rechtlich zustehende kostenlose Mittagessen geblieben.

Es besteht also dringender Handlungsbedarf. Der Landkreis darf das Problem nicht weiter aussitzen. Das angekündigte Lunchpaket (offenbar nicht einmal für alle kreiseigenen Schulen) kann das

## DIE LINKE. im Kreistag Göttingen

Zimmer 66

Reinhäuser Landstr. 4

37083 Göttingen

tel 0551 - 525 - 108

[dielinke@landkreisgoettingen.de](mailto:dielinke@landkreisgoettingen.de)

[www.dielinke-goettingen.de](http://www.dielinke-goettingen.de)

weiterhin fehlende warme Mittagessen nicht ersetzen. Vor allem aber fehlt bislang jedweder Ausgleich für das nicht geleistete Mittagessen der vergangenen drei Monate.

Die Gruppe Linke-Piraten-Partei+ hält daher an ihrem Antrag einer finanziellen Direktleistung von monatlich 50,-- Euro an die Betroffenen fest. Sie sieht dies als einzigen Weg (notfalls als „Gutscheinlösung“) um eine ausreichende Versorgung der Kinder sicher zu stellen. Diese Frage einer Direktzahlung scheint durch die ablehnende rechtliche Auffassung der Verwaltung keineswegs hinreichend geklärt, da sie selbst die grundsätzliche gesetzliche Möglichkeit einer direkten Geldzahlung an die Leistungsberechtigten einräumt und die angeführte Gesetzesauslegung aus „Vor-Corona-Zeiten“ nicht unbedingt als noch stimmige Argumentation angesehen werden kann. Hier sollte eine zeitnahe juristische Klärung durch den Landkreis erfolgen. Er muss der klaren Vorgabe der Bundesregierung endlich nachkommen: Die Kinder der ärmsten Familien dürfen nicht im Stich gelassen werden!

## Gesamtangemessenheitsgrenze bei KdU und Heizkosten

Seit der Einführung von Hartz IV (2005) gehört die Übernahme der Kosten der Unterkunft (Miete, Nebenkosten, Heizkosten) zu den drängendsten Problemen der Betroffenen. Dabei werden die Miet- und Heizkosten vom Amt nur soweit übernommen wie sie „angemessen“ sind, also die vom Landkreis als Optionskommune vorgegebenen Grenzen nicht übersteigen. Beträge, die darüber hinausgehen, müssen (i.d.R. nach 6 Monaten) von den Betroffenen selbst übernommen werden. Dies bedeutet weitere Einschränkungen oder Umzug.

Seit 2016 gilt nun die „Gesamtangemessenheitsgrenze“. Vorher wurden Miet- und Heizkosten getrennt bewertet, „unangemessene“ Heizkosten mussten selbst übernommen werden, unabhängig der Höhe der Mietkosten und umgekehrt.

Die neue Gesamtangemessenheitsgrenze nach § 22 Abs. 10 SGB II setzt sich aus der Summe der Angemessenheit der Aufwendungen für die Unterkunft und denjenigen für die Heizung zusammen. Sie sieht nun vor, dass eine Überschreitung der Angemessenheitsgrenze bei den Aufwendungen für die Unterkunft durch eine entsprechende Unterschreitung der Aufwendungen für die Heizung aufgefangen werden kann und umgekehrt. So müssen nicht angemessene Heizkosten nicht mehr selbst getragen werden, wenn sie durch eine niedrige Miete ausgeglichen werden, d.h. ihre Summe die Gesamtangemessenheitsgrenze nicht übersteigt. Warum gerade jetzt dieser Hinweis? Ein Kollege hat seit Jahren „nicht angemessene“ Heizkosten aus seinem Regelsatz bezahlen müssen,

obwohl er aufgrund seiner geringen Miete die in Göttingen geltende Gesamtangemessenheitsgrenze nicht überschritt. Der SGB-II-Leitfaden des Landkreises schließt für diesen Fall aber ein Kostensenkungsverfahren aus (er hätte nicht zahlen müssen – inzwischen mit dem Amt geregelt). Angesichts dieses Falles stellt sich die Frage, ob die Gesamtangemessenheitsgrenze nicht nur bei „Neufällen“, sondern regelmäßig auch bei „Altfällen“ überprüft wird. Ein solches Vorgehen aber erfordern die Gleichbehandlung und der rechtliche Anspruch der Betroffenen. Der Landkreis, der eine entsprechende Anfrage nicht eindeutig beantwortete, muss daher eine regelmäßige Überprüfung gewährleisten. Betroffenen sollten bei unklaren Fällen eine unabhängige Beratungsstelle aufsuchen.

# ▶ Alle Menschen sind gleich? Nicht in Corona-Zeiten

Von Jens Berger

22. Juni aus den Nachdenkseiten:  
<https://www.nachdenkseiten.de>

**Nachdem zahlreiche Menschen in einem Göttinger Wohnkomplex positiv auf das Corona-Virus getestet wurden, setzte die Stadt kurzerhand den gesamten Komplex unter Zwangsquarantäne. Beim durch die Polizei hermetisch abgeriegelten Plattenbau Groner Landstraße handelt es sich wie beim zuvor betroffenen Iduna-Zentrum um das, was man gerne beschönigend als sozialen Brennpunkt bezeichnet. Wie wahrscheinlich ist es, dass der Staat eine Wohnanlage abriegelt, die von Normal- oder gar Besserverdienern bewohnt wird? Alle Menschen sind gleich? Nicht in der Corona-Krise.**

Verl und Göttingen – zwei Beispiele, wie rigoros die lokalen Verwaltungen bei der „Corona-Eindämmung“ vorgehen, wenn es sich bei den Betroffenen um Personen handelt, die nicht zur „Mitte der Gesellschaft“ gehören. In Verl riegelten die Behörden im Zusammenhang mit dem Corona-Ausbruch in der Tönnies-Fleischfabrik im nahegelegenen Rheda-Wiedenbrück einen ganzen Stadtteil mit einem Bauzaun ab. Niemand kommt mehr raus – egal, ob er/sie überhaupt bei Tönnies arbeitet und positiv oder negativ auf das Virus getestet wurde. Die Bundeswehr kontrolliert derweil die rund 670 Anwohner der „Quarantänezone“, das Rote Kreuz versorgt sie durch den Zaun mit Lunchpaketen. Tests in anderen, „besseren“ Vierteln sind offenbar größtenteils negativ ausgefallen.

Ministerpräsident Laschet begründete das Vorgehen damit, dass man erreichen wolle, dass das Virus „nicht überspringt auf die Bevölkerung“. Schon klar, die Bewohner der „Quarantänezone“ sind ja auch „nur“ Bulgaren und Rumänen, die für einen Hungerlohn in Tönnies' Fleischfabrik schufteten und unter prekären Verhältnissen hausen – „Wegwerfmenschen“, wie es Pfarrer Peter Kossen so schrecklich treffend ausdrückte, und „Wegwerfmenschen“ gehören für Laschet offenbar nicht zur Bevölkerung. Ihre Aufgabe ist es nicht, Grundrechte zu genießen, sondern dafür zu sorgen, dass wir unser Nackensteak für einen Euro grillen können. Und daher darf man sie offenbar auf den bloßen Verdacht einer Infektion hin zwei Wochen wegsperren. Hauptsache, „die Bevölkerung“ bleibt gesund.

Noch rigorosere ging man bereits am Donnerstag in Göttingen vor. Dort hatte ein positives Testergebnis bei zwei Frauen dazu geführt, dass erst der ganze Wohnkomplex,

in dem sie gemeldet sind, getestet und dann mit Unterstützung von gepanzerten Polizeieinheiten mit Sicherheitszäunen abgeriegelt wurde. Für die mindestens 700 Bewohner des Komplexes wurde eine Zwangsquarantäne angeordnet – und dies, obwohl 83% der getesteten Bewohner ein negatives Testergebnis hatten.

Bei dem Wohnkomplex Groner Landstraße handelt es sich wie bei dem zuvor durch einen Corona-Ausbruch in die Schlagzeilen geratenen Göttinger Iduna-Zentrum um eine heruntergekommene Mietskaserne mit prekären hygienischen Verhältnissen, die ausschließlich Ein- und Zweizimmer-Apartements mit 17 bzw. 39 Quadratmeter Wohnfläche bietet, die jedoch oft von größeren Familien samt Kindern bewohnt werden. 200 Kinder und Jugendliche wohnen in diesem Komplex. Man versetze sich einmal in die Rolle einer alleinerziehenden Mutter, die nun einsperrt auf engstem Raum mit ihren Kindern in einem Wohnkomplex mit Junkies und Alkoholkranken auf Zwangsentzug leben muss. Wer einen Job hat, muss nun den Verdienstaustausch verkraften – für viele der ohnehin armen Menschen, die in diesem Haus leben, ist dies eine einzige Katastrophe.

Auch aus epidemiologischer Sicht ist eine Zwangsquarantäne in einem extrem dicht besiedelten Wohnblock mit schmalen Treppenhäusern und Fahrstühlen, die so was wie „Abstandsgebote“ nicht sinnvoll zulassen, eine mehr als fragwürdige Entscheidung. Offenbar nahm man lieber billigend in Kauf, dass die armen Menschen in dem Plattenbau „durchseucht“ werden, als dass ein Restrisiko für „die Bevölkerung“ entsteht.

Es kam, wie es wohl kommen musste. Am Samstagnachmittag platzte rund 200 Bewohnern des Plattenbaus der Kragen und sie versuchten, sich den Weg über die Schutzzäune mit Gewalt zu erkämpfen. Die Polizei reagierte mit äußerster Härte. Ganze drei Hundertschaften verteidigten die Absperrung mit Knüppeln und Tränengas – auch auf Kinder. Gegen die aufmüpfigen Bewohner wird nun wegen schweren Landfriedensbruchs ermittelt. Aufgrund der Absperrungen kam es nach Aussagen der „Basisdemokratische Linken“ sogar zu einem Todesfall – die Angehörige eines (jedoch nicht an Covid-19) schwer Erkrankten schaffte es demnach nicht, durch die Absperrungen hindurch Zugang zu der nötigen medizinischen Hilfe zu erlangen.

Einen Erfolg hatten die Randalen jedoch. Nach den Ausschreitungen sah die Stadt sich gezwungen, die Quarantäne zu lockern. Nun sollen Anwohner, die zweimal in Folge negativ getestet wurden, das Areal unter Auflagen zeitweise verlassen dürfen.



**Abgeriegelt: Groner Landstraße 9**

Der Rest wird von der Stadt mit einem warmen Essen pro Tag und Lunchpaketen versorgt. Es steht sogar eine Suchtberatung zur Verfügung, die schwer Alkohol- und Drogenabhängigen zu Hilfe kommen soll. Aber das war es dann auch. Man stellt noch nicht einmal Familien mit Kindern Ausweichquartiere zur Verfügung. Mitgegangen, mitgefangen, mitgehungen.

Nun stelle man sich einmal vor, wie Behörden reagieren würden, wenn sich in einem „besseren“ Wohnviertel die positiven Testergebnisse häufen. Würde die Stadt auch hier ganze Häuserblocks abriegeln und die Bewohner – egal ob sie positiv oder negativ getestet wurden – mit aller Staatsgewalt einsperren? Sicher nicht. Jeder Mensch ist gleich, doch manche sind halt eben doch ungleicher. Und dies trifft in unserer Gesellschaft hauptsächlich auf diejenigen zu, die am unteren Ende der Wohlstandsskala zu finden sind. Das ist nicht neu. Corona macht die tiefen Risse in unserer Gesellschaft allenfalls besser sichtbar. Doch auch hier muss man schon genau hinschauen. Über die Zwangsquarantäne in Göttingen wurde bislang vor allem von regionalen Medien berichtet – und dies nicht wegen der sozialen Diskriminierung, sondern vor allem wegen der Ausschreitungen.

Eine echte Debatte findet nicht statt. Nun hat der bedrängte Göttinger Oberbürgermeister (SPD) in einem Befreiungsschlag die Verantwortung für die Missstände auf die „profitorientierten Besitzer“ des Wohnkomplexes gelenkt. Das ist ebenso durchschaubar wie heuchlerisch. Die katastrophale Situation in den Göttinger Plattenbauten ist seit Jahrzehnten bekannt und die Politik hat so gut wie nichts getan, um hier Abhilfe zu schaffen, und stellt sich nun sogar als Opfer dar. Da fragt man sich unweigerlich, wer eigentlich die Gesetze macht? Ghettos fallen schließlich nicht vom Himmel. Aber solange es nur die da unten und nicht „die Bevölkerung“ betrifft, scheint dies wohl niemanden wirklich zu interessieren.



Wähler\*innengemeinschaft

# Göttinger Linke

sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

## ► Vorbereitung der Kommunalwahl 2021

Im September nächsten Jahres sind voraussichtlich Kommunalwahlen. Wie bisher wird die Wähler\*innengemeinschaft Göttinger Linke zur Stadtratswahl und zu den Ortsratswahlen im Göttinger Stadtgebiet antreten, die Partei DIE LINKE kandidiert für den Kreistag und für die Städte und Gemeinden im Kreisgebiet außerhalb der Stadt Göttingen, wobei die Kandidatur der Partei auch von den Bündnispartnern innerhalb der Wähler\*innengemeinschaft unterstützt wird. Noch ist offen, ob die Kommunalwahlen zeitgleich mit der Bundestagswahl stattfinden. Neben den Abgeordneten des Kreistags und der Räte sind auch Hauptverwaltungsbeamte zu wählen, dies betrifft vor allem den Landrat und den Göttinger Oberbürgermeister.

Wie bereits 2006, 2011 und 2016 soll eine gemeinsame Programmdiskussion und ein gemeinsamer Wahlkampf erfolgen. Auch die Terminplanung orientiert sich an den bisherigen Erfahrungen. Voraussichtlich am 7. November soll es einen ersten Kommunalpolitischen Kongress mit unterschiedlichen Impulsreferaten geben, der sich nicht nur an die Mitglieder der Göttinger Linken richtet, sondern auch an diejenigen, die mit unserer Politik sympathisieren, an der Programmdiskussion mitwirken und die gemeinsamen Kandidaturen unterstützen möchten. Geplant ist die Bildung unterschiedlicher thematischer Arbeitsgruppen, die dann innerhalb der kommenden Monate den Programmentwurf erarbeiten sollen. Ende Januar sollen dann beim zweiten

Kommunalpolitischen Kongress erste Arbeitsergebnisse vorgestellt werden, der Beschluss des Wahlprogramms ist dann für Mitte März vorgesehen.

### Voraussichtliche Termine:

**14.09.2020:**

GöLi Mitgliederversammlung

**07.11.2020:**

Auftaktveranstaltung mit Impulsreferaten und Etablierung der Arbeitsgruppen

**30.01.2021:**

Arbeitsgruppen stellen Ergebnisse vor

**20.03.2021:**

Wahlprogramm vorstellen u. beschließen

**24.04.2021:**

Aufstellung der Kandidat\*innenlisten

### Liebe Genossinnen und Genossen,

wer sich bisher von Euch noch nicht engagiert hat, hat jetzt Gelegenheit dazu. Bei den Kommunalwahlen werden alle gebraucht. Nicht nur, dass wir bei der Programmdiskussion mit dem geballten Sachverstand des linken Spektrums rechnen wollen, auch Kandidatinnen und Kandidaten werden benötigt. Immerhin konnten wir 2016 43 Kandidatinnen und Kandidaten für den Stadtrat sowie 54 für den Kreistag aufbieten.

In der Stadt Göttingen benötigen wir auch Kandidat\*innen für die Ortsräte, bisher waren dies nur Grone und Geismar. Im Kreisgebiet, wo die Lage für uns schwieriger ist, konnten wir zwar 2011 und 2016 erfolgreich in Hann. Münden, Dransfeld, Rosdorf und Herzberg sowie ohne Mandatsgewinn in Bad Grund, Bad Lauterberg und Walken-

## Kontakte:

Wähler\*innengemeinschaft  
Göttinger Linke

Rotes Zentrum,  
Lange Geismarstraße 2  
37073 Göttingen  
[www.goettinger-linke.de](http://www.goettinger-linke.de)  
E-Mail: [sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de](mailto:sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de)

### SprecherInnenkreis:

Thomas Bahrs, Dr. Eckhard Fascher,  
Oliver Preuß, Bärbel Safieh,  
Dr. Christian Schüler, Christa Siebecke

### Kassierer:

Gunnar Siebecke

### Fraktion Göttinger Linke im Rat der Stadt Göttingen

Neues Rathaus Zi. 931 (9.Stock)  
Hiroshimaplatz 1-4  
37083 Göttingen  
Telefon: 0551- 400 2347  
[goelinke-alg-gruppe@goettingen.de](mailto:goelinke-alg-gruppe@goettingen.de)

### Fraktionsmitarbeiter:

Udo Trost

### Öffnungszeiten des Büros:

Mo. 09:00 – 12:30 Uhr

Mi. 14:00 – 17:00 Uhr

Do. 13:00 – 17:00 Uhr

### Fraktionssitzung:

Mittwoch 17.00 Uhr (öffentlich)

### Mandatsträger:

Rolf Ralle (Fraktionsvorsitzender)  
Bärbel Safieh  
Edgar Schu

ried kandidieren, aber einige dieser Kandidaturen sind keineswegs wieder sicher.

Falls Ihr Interesse an einer Kandidatur habt, wendet Euch bitte an  
E-Mail:

[sprecher.innenkreis@goelinke.de](mailto:sprecher.innenkreis@goelinke.de) oder  
[kreisverband@die-linke-goettingen.de](mailto:kreisverband@die-linke-goettingen.de)

Telefon:

Gunnar Siebecke, 0551-93435 oder  
Eckhard Fascher, 0551-40137061/  
0152-32077973

## (...) Fortsetzung „Mieterhöhungen in Grone“ von Seite 5

(...) dass die ADLER AG am negativsten von allen Eigentümern seit der Neuen Heimat auffalle: Regelmäßige falsche Nebenkostenabrechnungen seit 2016, bei denen z.B. Vorauszahlungen unterschlagen wurden und die Mieterinitiative erst nachrechnen musste, wo diese Fehler liegen. Die ADLER AG spare Personal ein, so dass sich die Verwaltung in ihrem Bestand nicht mehr auskennt und sich die Fehler häufen

Interessant wurde der Komplex, in dem es darum ging, dass sich die ADLER AG im städtischen Bündnis „eigentlich“ für bezahlbaren Wohnraum einsetzt. Falkenberg: „Das ist ein Witz!“ Wenn die erste Maßnahme darin bestehe, bezahlbaren Wohnraum zu vernichten, gehört sie

von der Stadt Göttingen aus dem Bündnis herausgeworfen.

Zum Schluss die Frage, was denn jetzt noch zu tun sei: Falkenberg: Es sei schon ein Kunststück, sich in Corona-Zeiten abzusprechen ohne die Möglichkeit, einen Versammlungsraum nutzen zu können. Er verwies darauf, dass der Verein IN Grone in Zusammenarbeit mit der Mieterinitiative am 15.5. eine Kundgebung auf der Straße durchgeführt hat, bei der es darum ging, dass die Duldungserklärung der Maßnahmen abzugeben sei und auf jeden Fall eine Anzeige auf „soziale Härte“ entspr. Baugesetzbuch abgegeben werden sollte. Dadurch könne die tatsächliche Mieterhöhung möglicherweise abgemildert werden.



Hendrik Falkenberg am 15. Mai mit Mund- und Nasenschutz bei der Kundgebung in Grone

Das ganze Interview ist nachzuhören unter:  
[https://www.stadtradio-goettingen.de/beitraege/soziales/mieterhoehungen\\_in\\_grone\\_rauswurf\\_von\\_adler\\_real\\_estate\\_ag\\_aus\\_dem\\_buendnis\\_fuer\\_bezahlbaren\\_wohnraum\\_gefordert](https://www.stadtradio-goettingen.de/beitraege/soziales/mieterhoehungen_in_grone_rauswurf_von_adler_real_estate_ag_aus_dem_buendnis_fuer_bezahlbaren_wohnraum_gefordert)

P.S.: Das Interview wurde – Stand 20.6. – knapp 100 Mal angehört! (gs)

Wähler\*innengemeinschaft

**Göttinger Linke**  
 im Rat der Stadt Göttingen

# Ratsinfo



Unser Antrag für den Finanzausschuss am 30 Juni:

### Antrag auf Zulassung der Berufung zurückziehen

*Der Ausschuss möge dem Rat am 10.07.2020 zum Beschluss vorlegen:*

Die Stadt Göttingen akzeptiert die Entscheidung des Verwaltungsgerichts, dass der Kläger einen Anspruch auf die Eintragung einer Auskunftsperre hat, da er konkret gefährdet ist (Aktenzeichen 4 A 93/19).

Die Stadt Göttingen zieht den Antrag auf Zulassung der Berufung beim Oberverwaltungsgericht umgehend zurück.

### Begründung:

Ein Fotograf, der bei einem Nazi-Überfall bedroht und schwer verletzt wurde, hat bei der Stadt Göttingen die Einrichtung einer Auskunftsperre im Melderegister beantragt. Er will verhindern, dass seine beim Einwohnermeldeamt gespeicherten Daten auf Anfrage an Dritte weitergegeben werden und so seine Anschrift bekannt werden könnte. Damit will er sich vor einem erneuten Angriff schützen. Diese Maßnahme ist angesichts der konkreten Bedrohungslage und dem noch ausstehenden Prozess bestens begründet.

Die HNA schreibt dazu am 30. Mai 2020: „Der Fotograf war im April 2018 bei einem gewalttätigen Angriff von Rechtsextremisten am Wohnort des stellvertretenden NPD-Bundesvorsitzenden Thorsten Heise in Fretterode (Thüringen), nahe der Landesgrenzen zu Niedersachsen und Hessen, schwer verletzt worden. Der Kläger hatte mit einem Kollegen in der Nähe von Heises Anwesen fotografiert und gefilmt. Dann waren sie von zwei Männern verfolgt und attackiert worden. Dabei hatte der Kläger einen Schlag mit einem langen Schraubenschlüssel auf den Kopf abbekommen, sein Begleiter erlitt eine Schnittverletzung am Bein. Die Folge für den Kläger war laut Angaben des Anwalts der Bruch des Stirnknochens.“

Die beiden mutmaßlichen Angreifer müssen sich demnächst wegen schweren gemeinschaftlichen Raubes, gefährlicher Körperverletzung und Sachbeschädigung vor dem Landgericht Mühlhausen verantworten.

---

Inzwischen sind wir eine Woche weiter und hatten bei den anderen Fraktionen für diese Sache getrommelt. Und tatsächlich schlossen sich erst die Grünen und dann auch alle anderen Fraktionen, außer der CDU, diesem Antrag an. Angesichts dieser politischen Mehrheit bekam die Verwaltung kalte Füße und zog kurzerhand ihren Widerspruch gegen das Urteil des VG zurück. Unsere PM dazu:

### Politische Stimmung falsch eingeschätzt

Stadt zieht Antrag auf Berufung zurück

Die GöLinke/ALG-Ratsgruppe begrüßt die Entscheidung der Stadtverwaltung, dem Antrag eines Fotografen auf Auskunftsperre der eigenen Adresse an Dritte stattzugeben. Zuvor hatten die GöLinke/ALG-Ratsgruppe, die Grünen, die SPD, die FDP und Partei-Ratsgruppe den Antrag gestellt, die Stadt möge die Berufung gegen das Verwaltungsgerichtsurteil zurückziehen. „Offensichtlich hat die Verwaltung die politische Stimmung in Göttingen falsch eingeschätzt, anders lässt sich ihr Verhalten nicht erklären. Wir können nicht einerseits in Sonntagsreden zu Zivilcourage gegen Faschismus aufrufen und dann die Menschen mit den Folgen alleinstehen lassen“, so Ratsherr Schu.

Hintergrund ist der Antrag eines von Nazis attackierten Fotografen auf Auskunftsperre im Melderegister. Das GT und HNA berichteten am 28.5.2020 ausführlich darüber.

## Kontaktdaten

**Fraktion Göttinger Linke  
im Rat der Stadt Göttingen**  
 Neues Rathaus Zi. 931 (9.Stock)  
 Hiroshimaplatz 1-4  
 37083 Göttingen  
 Telefon: 0551- 400 2347  
[goeLinke-  
Ratsfraktion@goettingen.de](mailto:goeLinke-Ratsfraktion@goettingen.de)

**Fraktionsmitarbeiter:**  
 Udo Trost

**Öffnungszeiten des Büros:**  
 Mo: 9:00 – 13:00 Uhr  
 Di: 14:00 – 17:00 Uhr  
 Mi: 14:00 – 17:00 Uhr  
 Do: 9:00 – 13:00 Uhr

(...) Fortsetzung „Atomlager Würgassen“ von Seite 1

(...) in der heutigen Zeit nicht mehr erteilt. Fällt Konrad, fällt auch Würgassen und umgekehrt, wurde immer wieder bei einer gemeinsamen Online-Veranstaltung am 8. Mai betont.

Hauptkritikpunkt an Schacht Konrad ist die fehlende Rückhol- und Revidierbarkeit des Endlagers, die im Konzept fehle. Dies entspricht nicht Sicherheitsstandards von Atommüllendlagern.

Mit Sicherheit würden Transporte nach Würgassen auch über Göttingen laufen. Zulässig sind dabei Strahlungswerte wie bei den CASTOR-Transporten mit hochradioaktiven Müll. Hierbei kann es auch zu Unfällen kommen, bei denen Radioaktivität frei gesetzt wird.

Auf seiner Homepage fordert ausgestrahlt als Alternative zu Konrad und

Würgassen: „Es braucht eine grundlegend neue gesellschaftliche Verständigung über den Umgang mit allen Arten von Atommüll auf Basis des aktuellen Stands von Wissenschaft und Technik. Dabei müssen die Betroffenen ergebniswirksam einbezogen werden, statt hinter verschlossenen Türen zu entscheiden, wie jetzt wieder beim Eingangslager in Würgassen. So lange macht es keinen Sinn, das Risiko einzugehen, Behälter mit radioaktiven Müll durch die gesamte Republik nach Würgassen und dann nach Salzgitter zu schicken.“

Dem kann sich der Verfasser nur anschließen. Das Genehmigungsverfahren soll Ende 2021 beginnen. Bis dahin soll der politische Druck verstärkt werden. Auch

die Kreistagsgruppe LINKE/PIRATEN/PARTEI+ hat zur Kreistagssitzung am 8. Juli einen Antrag zur Ablehnung von Würgassen und Konrad eingebracht, der auch eine Solidarisierung mit der Erklärung der Kommunalpolitiker vorsieht (GöBlä 6/2020, S. 8)

Quellen:

BGZ: <https://bgz.de/2020/03/06/logistikzentrum-fuer-endlager-konrad-entsteht-in-wuergassen/> Organisation ausgestrahlt:

<https://www.ausgestrahlt.de/informieren/atommuell/schwach-mittelradioaktiv/zwischenlager-wurgassen/> BI Atomfreies Dreiländereck: <https://www.atomfreies-dle.de>

ef

## ► Grüner Wasserstoff aus dem Ausland?

Am 10. Juni hat die deutsche Bundesregierung beschlossen, im Rahmen ihrer nationalen Wasserstoffstrategie Projekte mit insgesamt 9,5 Mrd. Euro zu fördern. Parallel hat die EU 750 Mrd. Euro bereitgestellt. Bundesminister Müller auf der Seite des Ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit: „Mit der Wasserstoffstrategie machen wir einen Quantensprung hin zu CO2-neutralen Kraftstoffen und damit zu einer globalen Energiewende. ‚Grüner‘ Wasserstoff und seine Folgeprodukte wie Methanol können das saubere Öl von morgen werden. Vor allem Länder in Nordafrika sind geeignete Produktionsstandorte, da hier die Sonne nahezu unbegrenzt scheint.“

Nach aktuellem Verständnis wird „Grüner“ Wasserstoff durch elektrolytische Spaltung von Wasser mit Strom aus erneuerbaren Energiequellen hergestellt. Im Folgenden wird erläutert, dass dieses Verständnis im EU-Kontext gelogen ist. Die Energiequellen können danach beispielsweise Wind, Sonne, Wasserkraft oder Geothermie (Tiefenwärme) sein. Nach dem Verständnis der EU kann es aber auch Atomenergie sein. In Zusammenhang mit Hydrogen to Heysam, wo der französische Konzern EDF in England ein abgeschriebenes Atomkraftwerk aufgekauft hat, wird ausdrücklich gesagt, dass dort Grüner Wasserstoff (Green Hydrogen) hergestellt werden soll. Die EDF steht also schon jetzt mit ihrer Flotte von 58 Kernkraftwerken für die Versorgung mit grünem Wasserstoff bereit.

Die Erzeugung von Strom aus im deutschen Verständnis erneuerbaren Energien reicht auch nach Aussage der Bundesregierung bei Weitem nicht aus. Daher müsste Deutschland massiv Energie in Form von Wasserstoff aus dem Ausland importieren. Man stelle sich vor: Aufgrund der gigantischen Unterversorgung in Deutschland sollen große Anteile des benötigten „grünen“ Wasserstoffs aus dem Ausland importiert werden. Wie könnte das aber funktionieren? Da ist von den Wüsten als „Produktionsstandorte“ für „unseren“ Wasserstoff die Rede.

Schon im Jahr 1972 forderten renommierte Forschungsinstitute in Deutschland den Umstieg auf eine nukleare Wasserstoffwirtschaft. In den 80er Jahren, nach dem Desaster Harrisburg, schwenkte die Atomindustrie auf eine bis heute existierende PR-Kampagne für Wasserstoff aus Solarenergie aus Wüsten um. „Grüner Wasserstoff aus der Wüste ist das Öl von morgen“ (Ludwig-Bölkow-Systemtechnik, Erfinder von Desertec). Technische Wahrheit ist: Aus Solarstrom kann man keinen Wasserstoff herstellen. Warum nicht? Solarzellen kommen nicht für den Betrieb von Elektrolyseuren in Frage, weil sie kontinuierlich laufen müssen. Aber das war selbstverständlich auch der Ludwig-Bölkow-Systemtechnik bekannt.

Nun fällt der Blick auf die Entwicklungen in den USA für CO2-freie, „erneuerbare Energien“: Das Massachusetts Institute for Technology (MIT) hat im September 2018 eine Folge-Studie „zur

Zukunft der Kernenergie in einer CO2-reduzierten Welt“ veröffentlicht. Die erste Ressourcen-Studie der Welt fertigte das MIT 1908 an, danach in regelmäßigen Abständen. Weitere berühmte Beispiele sind die Studie für Resources for the Future (RFF) „The Nation looks at it's Resources“, mit der Konsequenz der Gründung der IAEA („Atoms for Peace“) und die berühmte Studie „The Hydrogen Economy“ von RFF unter der Bush-Regierung aus dem Jahr 2004. Bekannt in Deutschland ist der Auszug der Studie von Jeremy Rifkin in der atomfreien Version von 2002, die für den Wahlkampf der Grünen erstellt wurde. Aussage der 2018er Studie unterm Strich: Die USA bräuchten für ihre CO2-freie Energieversorgung rund 10.000 Kleinreaktoren zu je 300 Megawatt, die Welt ca. 40- bis 50.000 Atomkraftwerke, mit einer Garantie der Versorgung mit spaltfähigem Material dieser Kraftwerke aus Wiederaufbereitungsanlagen. Massive Reduzierung des Energieverbrauchs ist nicht vorgesehen.

Die folgenden Länder werden sich an der Serienfertigung der kleinen Atomkraftwerke (small modular reactors, SMR), die per LKW transportiert werden können, beteiligen: USA, Frankreich, Russland, Südkorea, China und Japan.

Innerhalb von zehn Jahren soll die Welt nach aktuellen Planungen durch Serienfertigung auf CO2-Freiheit mit Atomenergie für die Produktion von Strom, Wärme und Wasserstoff umgestellt werden.

Ökologische Plattform DIE LINKE  
KV Göttingen/ Osterode